



HESSISCHER LANDTAG

13. 10. 2011

*Dem
Kulturpolitischen Ausschuss
überwiesen*

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend weniger Lehrerzuweisung an beruflichen Schulen

Der Landtag fordert die Hessische Kultusministerin auf, den betroffenen (Teilzeit-) Berufsschulen zu garantieren, dass eine zusätzliche Lehrerzuweisung dort erfolgt, wo Unterrichtsausfall in anderen Fächern Folge der reduzierten Lehrerzuweisung ist.

Begründung:

Am 31.08.2011 hat das Hessische Kultusministerium an die Schulleiterinnen und Schulleiter der beruflichen Schulen sowie der beruflichen Dezentertinnen und Dezenterten der Staatlichen Schulämter einen Erlass zukommen lassen, der unter anderem die Zuweisung für Lehrerstunden für den Religionsunterricht mit folgender Regelung beschließt:

"... Das Gebot der sparsamen Haushaltsführung zwingt uns vor allem in Zeiten der knappen Ressourcen und in Anbetracht der Vorgaben der sogenannten Schuldenbremse, Mittel nur noch dort zu verwenden, wo sie nachweislich auch benötigt werden. So wird neben anderen Maßnahmen in anderen Bereichen des HKM auch eine Nachsteuerung bei der Zuweisung der Lehrerstunden für den Religionsunterricht an den beruflichen Schulen erfolgen müssen.

Ab dem nächsten Zuweisungstermin werden wir in der Zuweisung Lehrerstunden in vollem Umfang für den Religionsunterricht zumindest in der (Teilzeit-) Berufsschule nur noch dann berücksichtigen können, wenn dieser Unterricht auch tatsächlich ab Schuljahresbeginn erteilt wird.

(...)

Rechnen Sie also bitte ab dem 01.02.2012 dann mit einer für Ihre Schule reduzierten Lehrerzuweisung für die (Teilzeit-) Berufsschule, sofern der Religionsunterricht dort derzeit nicht erteilt wird...."

Dies bedeutet, dass an den (Teilzeit-) Berufsschulen, an denen kein Religionsunterricht erteilt wird, die gesamte Lehrerzuweisung reduziert wird. Jede nicht gehaltene Religionsstunde macht aber eine andere Unterrichtsstunde und/oder pädagogische Maßnahme möglich. Sollte die Lehrerzuweisung aufgrund von nicht gehaltenem Religionsunterricht reduziert werden, muss sie an anderer Stelle aufgestockt werden, um die eben genannten Unterrichtsstunden und/oder pädagogischen Maßnahmen weiterhin möglich zu machen.

Wiesbaden, 6. Oktober 2011

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen